

BMWi / III B5

4. September 2017

Protokoll der 26. Sitzung der Bund - Länder - Initiative Windenergie (BLWE)

Datum: 16.05.2017 (10:30 – 16:00 Uhr)

Ort: BMWi Berlin

TOP 1 Begrüßung

Herr Falk (BMWi) begrüßt die TeilnehmerInnen.

TOP 2 Aktuelles vom Bund und Ländern, u.a.

Herr Falk (BMWi) berichtet über folgende Themen im Bereich der Erneuerbaren Energien (vgl. Anlage 1):

- Offshore-Windenergie: Einordnung Ausschreibungsergebnisse.
- Photovoltaik: Fast 100 % Realisierungsquote der ersten Ausschreibung. Derzeit lässt sich noch nicht abschließend darstellen, wie viele der bezuschlagten Projekte von der Weiterveräußerungsoption Gebrauch gemacht haben.
- Windenergie an Land: Darstellung der Genehmigungssituation im 1. Quartal; Länder werden gebeten die Möglichkeiten eines Monitorings der jeweiligen Genehmigungssituation zu prüfen. Hintergrund ist die Frage, inwiefern Realisierungsfortschritte von bezuschlagten Bürgerenergiegesellschaften auch anhand von Berichten aus den Ländern nachvollzogen werden könnten. Weitere Themen: Entwicklung von Anlagentypen, Nabenhöhen, Stilllegungen, Spannungsebenen der Netzanschlüsse.
- Technologieübergreifende Ausschreibung: Kabinetttstermin am 17. Mai 2017 (<http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2017/20170517-br-schafft-grundlage-fuer-kwk-ausschreibung.html>,
https://www.clearingstelle-eeg.de/files/VO_BReg_Ausschreibung_KWK_GemAV_170515.pdf).
- Innovationsausschreibung: Wird erst in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt.
- Grenzüberschreitende Ausschreibung: Noch liegen keine Interessensbekundungen anderer Mitgliedsstaaten vor. Herausforderung bei der Umsetzung ist die Klärung des physikalischen Imports. [ggf. für die nächste Sitzung]

Herr Staats (BMVI) berichtet über das Verfahren zum Raumordnungsgesetz, das planmäßig Ende 2017 in Kraft treten soll.

Herr Dr. Herr (BW) erläutert zunächst anhand der beigefügten Präsentation den Unterschied zwischen der Wirbelschleppe und der turbulenten Nachlaufströmung von WEA. Wirbelschleppen sind ein bekanntes Phänomen in der Luftfahrt. Sie entstehen an den Tragflächenenden von Flugzeugen und können stabile Luftwalzen bilden, die eine Gefahr für nachfolgende Flugzeuge darstellen. Diese können in die Wirbelschleppe hineingeraten und unerwartet um die Längsachse gedreht werden. Hiervon zu unterscheiden ist die turbulente Nachlaufströmung bei Windkraftanlagen. Entgegen der Anschauung bildet sich hinter Windkraftanlagen keine rotierende Luftwalze. Vielmehr bildet sich ein turbulenter Nachlauf, außerdem lösen sich an den Blattspitzen kleinere Wirbel, welche geradeaus in Windrichtung ablaufen. Obwohl die beiden Phänomene nicht vergleichbar sind, wurde seitens der Luftfahrt die „Wirbelschleppe“ von Windkraftanlagen als mutmaßliche Gefahr ins Spiel gebracht. In diesem Zusammenhang hat der Brandenburgische Luftsportverband als Interessenverband ein Gutachten zu dem Thema bei der FH Aachen in Auftrag gegeben. Im Gutachten werden WEA als „dynamische Hindernisse“ bezeichnet und große Mindestabstände (7 bis 12-facher Rotordurchmesser) zwischen Windkraftanlagen und einem selbst definierten Schutzbereich gefordert.

Brandenburg hatte das FH Aachen-Gutachten im März 2016 in die Sitzung des Bund-Länder-Fachausschuss-Luftfahrt (BLFA-L) eingebracht, mit dem Ziel, den Bund zu bitten, sich auf internationaler und nationaler Ebene dafür einzusetzen, dass für ausreichende Abstände zwischen Windkraftanlagen und Flugplätze Sorge getragen wird, und hierzu die bestehenden Regelungen der NfL I 92/13 an die im Gutachten geforderten Abstände anzupassen. Zwischenzeitlich hatte das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in einer Stellungnahme dem FH Aachen-Gutachten erhebliche Mängel bescheinigt. In der BLFA-L-Sitzung wurde dann beschlossen, zunächst ein Expertengespräch durchzuführen. Das Expertengespräch fand am 10. Februar 2017 beim BMVI statt. Anwesend waren Vertreter des BMVI sowie Länderkollegen aus den Verkehrsressorts. Aus den Wirtschafts- und Umweltressorts waren außer aus Baden-Württemberg keine Vertreter gekommen. Neben der Vorstellung des FH Aachen-Gutachtens erfolgte ein Vortrag des DLR (Prof. Levedag). Dieses stellte die Ergebnisse von etwa 50 eigenen Flugversuchen in 1,6 bis 15 Rotordurchmessern Abstand und ca. 25 kt Wind quer zur Rotorachse in verschiedenen Höhen vor. Im Ergebnis waren die Flugzeugreaktionen selbst bei den kleinsten Abständen im unkritischen Bereich. Feste Abstandsregeln lassen sich auf dieser Basis nicht herleiten. Für den anwesenden Vertreter des baden-württembergischen Umweltministerium waren die Ausführungen von Herr Prof. Levedag sehr überzeugend.

Das Thema wird in den Bund-Ländergremien weiter behandelt werden.

Aufgrund der sehr hohen Anzahl an kleinen Flugplätzen in BW könnten neue Abstandsempfehlungen die Windenergieentwicklung in BW massiv beeinträchtigen.

Eine spontane Abfrage in der Sitzung ergibt, dass Luftfahrtbehörden der anderen anwesenden Länder das FH-Aachen-Gutachten nicht berücksichtigen.

Länder werden gebeten, Rückmeldung an BW zu geben, falls die jeweiligen Landesluftfahrtbehörden das FH-Aachen-Gutachten künftig in Anwendung bringen sollten.

Herr Dr. Herr (BW):

- Wetterradar: berichtete über einen Beschluss des VGH Mannheim in Bezug auf Wetterradar und Windenergieanlagen (siehe: <https://www.zfk.de/ru/politik/recht-regulierung/artikel/sieg-ueber-den-wetterdienst.html>).
- Denkmalschutz: Auswirkungen auf „Blick aus dem Denkmal“ wird im Rahmen von Genehmigungsanträgen stärker als bislang geprüft. BMUB wird gebeten, dass KNE mit den zuständigen Länderkollegen Kontakt aufnimmt. Bislang ist keiner der für Windenergie zuständigen Kollegen in RP oder in BW im Zusammenhang mit dem UNESCO-Projekt der KNE angesprochen worden.
- Umfrage in BW: Zustimmung für Windenergie liegt bei nach einer von der EnBW in Auftrag gegebenen Forsa-Studie bei ca. 80%. Wenn in den Kommunen Erfahrungen mit Windenergie vorliegt, dann sind die Akzeptanzwerte sogar geringfügig höher.

Herr Dörr (NRW): Veröffentlichung von Ergebnissen zum Projekt Windenergie und seismische Messstationen verzögert sich auf nach der Sommerpause.

Frau Heller (SN): Zeitplan für Regionalpläne: bis Mitte 2018 ist Genehmigung vorgesehen. Austausch mit anderen Ländern über Erfahrungen zu Artenschutzgutachten auf der Planungsebene erbeten. Frau Ammermann (BfN) weist für diese Frage auf ein Forschungsvorhaben hin, das hier hilfreich sein könnte („Arten- und Gebietsschutz auf vorgelagerten Planungsebenen“ (FKZ 3515 82 0100)).

Herr Tasch (SH): 1. Anhörung Teilregionalpläne Windenergie für Gesamt-Schleswig-Holstein läuft bis Ende Juni 2017.

Frau Satzger (BY):

- 1. Quartal 2017: 41 Inbetriebnahmen
- Stand 3/2017:
genehmigt, aber noch nicht in Betrieb: 136);
noch laufende Genehmigungsverfahren: 78

- Merkblatt „Bauleitplanung für Windenergieanlagen“ der Obersten Baubehörde im BayStMI (OBB) vom Februar 2017, beinhaltet Erläuterungen zur 10H-Regelung auf Bauleitplanungsebene.
(<https://www.stmi.bayern.de/buw/baurechtundtechnik/aktuelles/index.php> (unter „Neues zum Thema Windenergie“) oder <https://www.stmi.bayern.de/buw/baurechtundtechnik/bauplanungsrecht/vorschrift-enundrundschreiben/index.php> (s. auch Register „Rechtsgrundlagen“). Hier finden sich auch die im Jahr 2016 überarbeiteten „Anwendungshinweise zur 10 H-Regelung“ der OBB.
- Gemeinsames Schreiben von Bayerischen Innen- und WirtschaftsministerIn an die Kommunen zu den Optionen der Umsetzung von Windenergieanlagen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung im Februar 2017.
- LfU veröffentlicht „Arbeitshilfe Vogelschutz und Windenergienutzung“ die einschlägige naturschutzfachliche und rechtliche Aussagen im BayWEE konkretisiert [https://www.bestellen.bayern.de/application/eshop_app000006?SID=50700015&ACTIONxSESSx-SHOWPIC\(BILDxKEY:'lfu_nat_00328',BILDxCLASS:'Artikel',BILDxTYPE:'PDF'\)](https://www.bestellen.bayern.de/application/eshop_app000006?SID=50700015&ACTIONxSESSx-SHOWPIC(BILDxKEY:'lfu_nat_00328',BILDxCLASS:'Artikel',BILDxTYPE:'PDF')). „Arbeitshilfe Fledermäuse“ in Vorbereitung.

Herr Biermann (NI):

- Klimagesetz wird aktuell im Landtag beraten. Parallel wird Integriertes Energie – und Klimaschutzprogramm entworfen, das Maßnahmen darstellen soll, die einen Beitrag zur Umsetzung des Landesziels (Treibhausgasreduktion von 80 bis 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990) leisten können.
- Gutachten zu Must-Run-Kapazitäten; max. 10 GW Erzeugungsleistung (Wirk- und Blindleistung) wären für sicheren Netzbetrieb nötig (Kurzfassung des Gutachtens „Technische Mindestenergieerzeugung des Kraftwerksparks bis zum Jahr 2030 in Niedersachsen und Deutschland“ unter http://www.umwelt.niedersachsen.de/themen/energie/erneuerbare_energien/politik/umweltminister-stefan-wenzel-praesentiert-gutachten-zur-energieversorgung-153617.html , Langfassung noch in redaktioneller Bearbeitung); darauf aufbauend wurde ein UMK-Antrag eingebracht und von der 88. UMK (TOP 18) beschlossen: Bitte an den Bund zu prüfen, wie die Dauerproduktion konventioneller Kraftwerke in Engpasssituationen auf das für die Gewährleistung der Netzstabilität erforderliche Maß reduziert werden kann.
- Gutachten Netzauslastung: in Erarbeitung

Frau Köhler (NI):

- Beschleunigung Netzausbau u.a. durch bessere Verzahnung von ROV und Planungsebene.

Frau Dr. Overwien (BB): Ende 2016 waren rund 3.500 WEA in Betrieb. Knapp 800 MW waren genehmigt und noch nicht realisiert, 3.400 MW im Verfahren. 2 neue Regionalpläne sind im Jahr 2016 in Kraft getreten, 2 Entwürfe für neue Regionalpläne in bzw. vor der Auslegung.

Herr Stötzer (ST): Artenschutzleitfaden wird nicht mehr vor der Sommerpause erwartet. Thema Repowering wird verstärkt diskutiert.

Herr Peters (MV): alle 4 Regionalpläne in Fortschreibung des Kapitels Energie; in Westmecklenburg 1000 m als weiches Tabukriterium und 7H-Regelung als Abstand zur Wohnbebauung als Ziel vorgesehen; Noch keine Normenkontrollklage gegen Beteiligungsgesetz (Stand: 13.06.17, Ablaufrist: Ende Mai 2017). Windenergieerlass (Herr Schröder): Auftrag aus Koalitionsvereinbarung ist in Bearbeitung.

Frau Donnerstag (RP): Die erneute Teilfortschreibung des LEP IV zur Windenergie wird im zuständigen Ausschuss am 01. Juni beraten, danach folgt eine Beteiligung des kommunalen Rates bevor der Ministerrat noch im Juni seinen Beschluss fassen soll. Da die beabsichtigten Änderungen auch in bereits längst laufende Verfahren eingreifen werden, wurde aus der Branche Klagebereitschaft signalisiert. Die Unternehmen hatten sich bereits bei ihren Stellungnahmen juristischen Beistand eingekauft.

HINWEIS: Der Beschluss vom Ministerrat wurde am 04.07. gefasst. Die Endfassung ist eingestellt unter:

<https://mdi.rlp.de/de/unsere-themen/landesplanung/landesentwicklungsprogramm/dritte-teilfortschreibung/>.

Ein Leitfaden zur gutachterlichen Erfassung von Vorkommen des Rotmilians liegt im Entwurf vor und befindet sich derzeit in der freiwilligen Konsultation.; Der Leitfaden soll ab 2018 greifen und zudem sind Übergangsregelungen für Gutachten vorgesehen, die in 2017 erstellt wurden.

TOP 3 Kosten- und Projektstruktur (Dr. Knud Rehfeldt, Deutsche WindGuard)

Vortrag zu Kostenstruktur 2016, Einfluss von Nabenhöhen auf die Wirtschaftlichkeit, Ableitung regional differenzierter Höchstwerte (siehe Anlage 2).

Auf Nachfrage sieht DWG anhand der erfassten Daten keine regional differenzierten Verteilungsmuster für Kosten.

Weiterhin wurden auf Nachfrage von Frau Heller vorgetragenen Thesen intensiv diskutiert:

- These 1 „Ab einer Nabenhöhe von 140 m sind gute und schlechte Standorte (> /< 70 % Standortgüte, Referenzertragsmodell) unter dem Regime des Referenzertragsmodells nach EEG 2017 miteinander konkurrenzfähig.“
- These 2 „Gute Standorte (> 70 % Standortgüte, Referenzertragsmodell) könnten ab 140 m Nabenhöhe mit Höhenbeschränkungen versehen werden, da sich mit steigender Nabenhöhe der Gewinn nicht wesentlich erhöht. Ursache hierfür sind mit steigender Nabenhöhe steigenden Kosten einer Anlage in Verbindung mit geringeren Ertragszuwächsen.“

In der Diskussion wurde dabei deutlich, dass das Gutachten lediglich die aktuell verfügbare Technologie sowie die Kostenstruktur des Jahres 2016 abbildet, wie es der Auftrag vorgesehen hat. Entsprechend des Gutachtens kann zwar grundsätzlich abgeleitet werden, dass zu der im Gutachten berücksichtigten Technologie entsprechend der Annahmen durch eine weitere Steigerung der Nabenhöhe theoretisch keine zusätzlich positiven wirtschaftlichen Effekte mehr entstehen, in der Praxis aber eine Vielzahl weiterer Aspekte Einfluss nehmen.

Wesentlich ist, dass es sich im Gutachten um eine Aufnahme der Situation des Jahres 2016 hinsichtlich Technologie und Kosten handelt. Ausdrücklich wurde durch Herrn Dr. Rehfeldt auf die Weiterentwicklung von Technologie und Kosten verwiesen, wodurch eine Höhenbegrenzung dazu führen wird, dass insbesondere neue kostengünstigere Technologien nicht mehr zum Einsatz kommen können bzw. Kostensenkungen auch bei den aktuellen Anlagentechnologien zu einer Verschiebung führen. Hierdurch entstehen große Wettbewerbsnachteile in den Regionen (Bundesländern) in denen Höhenbegrenzungen eingeführt werden. Gerade im Ausschreibungssystem stehen die Regionen in Konkurrenz zu einander. Die Regionen, in denen neue Technologien (hinsichtlich Nabenhöhe und Rotordurchmesser) eingesetzt werden können, verfügen im Ausschreibungssystem über deutliche Wettbewerbsvorteile.

TOP 4 TOP 4 Befuerung von Windenergieanlagen

Frau Scharf (BMUB) trägt Ergebnisse der UMK vor. SUER gibt erste Einschätzung zur Frage der Möglichkeit, bei der Berechnung der Höhe von Ersatzzahlungen beim Einsatz von bedarfsgerechter Befuerung zu berücksichtigen. Es wird an FAW der Vorschlag herangetragen, zu diesem Thema eine Veranstaltung zu organisieren. SH bietet einen Beitrag an.

TOP 5 **EUGH C-290/15 zum Begriff "Pläne und Programme" nach der SUP-Richtlinie**

Herr Ritter (BMUB) führt ein. Herr Wegner (SUER) hält einen kurzen Vortrag (siehe Anlage 3) zu der Frage.

TOP 6 **Neue Forschungsergebnisse zur Akzeptanz von Windenergie an Land**

Frau Bönisch (FAW) stellt Ergebnisse "Forschung für Nachhaltige Entwicklung" im Bereich Wind vor (siehe Anlage 4).

Herr Dr. Herr (BW): verweist noch einmal auf die in TOP 2 bereits angesprochene Forsa-Studie.

Herr Dörr (NRW): berichtet über die guten Erfahrungen mit sogenannten Beteiligungsmessen anstelle z.B. von Podiumsdiskussionen.

TOP 7 **UBA-Projekt „Flächenanalyse Windenergie an Land“ (UBA, Ecofys, IWES)**

Ecofys und IWES stellen den aktuellen Stand vor (siehe Anlage 5).

BMVI bestätigt, dass nicht alle ROPLAMO-Daten des BBSR für Dritte öffentlich sind, sondern der gesonderten Freigabe durch die jeweilige Landesplanung bedürfen. Entsprechend konnte BBSR diese Daten nicht unmittelbar dem hier genannten Vorhaben zur Verfügung gestellt werden.

TOP 8 **Sonstiges**

- Die **nächste Sitzung wird am 5. und 6. September 2017 in Potsdam** stattfinden.
- Folgende Themen werden u.a. (erneut) aufgerufen:
 - Repowering
 - Befeuerung
 - Auswertung der Ergebnisse der ersten beiden Ausschreibungsrunden

Anlagen

Anlage 1	Aktuelles aus dem Bereich Erneuerbare Energien (BMW)
Anlage 2	Kosten- und Projektstruktur Windenergie (DWG)
Anlage 3	SUP-Pflicht Windenergieerlasse (SUER)
Anlage 4	Forschung für Nachhaltige Entwicklung im Bereich Wind (FAW)
Anlage 5	Flächenanalyse Windenergie an Land (IWES, Ecofys)
Anlage 6	Wirbelschleppen, Befeuerung (BW)

Teilnehmende an der 26. Sitzung der Bund-Länder-Initiative Windenergie am **16.05.2017**

Tasch, Ulrich	Staatskanzlei, Schleswig-Holstein	Ulrich.Tasch@stk.landsh.de
Heller, Nina	Staatsministerium des Innern, Sachsen	Nina.Heller@smi.sachsen.de

Rösler, Peter	Staatsministerium des Innern, Sachsen	peter.roesler@smi.sachsen.de
Voigt, Volkmar	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Sachsen	volkmar.voigt@smwa.sachsen.de
Peters, Ulrich	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg- Vorpommern	Ulrich.Peters@em.mv-regierung.de
Donnerstag, Christiane	Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Rheinland-Pfalz	Christiane.Donnerstag@mueef.rlp.de
Dörr, Klaus	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	klaus.doerr@mkulnv.nrw.de
Biermann, Sebastian	Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	Sebastian.Biermann@mu.niedersachsen.de
Köhler, Gesa	Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Gesa.Koehler@ml.niedersachsen.de
Herr, Michael	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg	michael.herr@um.bwl.de
Jenssen, Till	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg	Till.Jenssen@um.bwl.de
Satzger, Katharina	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	katharina.satzger@stmwi.bayern.de
Overwien, Petra	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg	Petra.Overwien@gl.berlin-brandenburg.de
Sudhaus, Dirk	Fachagentur Windenergie an Land	sudhaus@fa-wind.de
Tscherniak, Axel	Fachagentur Windenergie an Land	tscherniak@fa-wind.de
Bönisch, Bettina	Fachagentur Windenergie an Land	boenisch@fa-wind.de
Biehl, Juliane	Technische Universität Berlin	juliane.biehl@tu-berlin.de
Falk, Thorsten	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	thorsten.falk@bmwi.bund.de
Hözl, Konrad	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	konrad.hoelzl@bmwi.bund.de
Scharf, Astrid	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Astrid.Scharf@bmub.bund.de
Klepke, Andreas	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	andreas.klepke@bmub.bund.de
Staats, Jens	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	Jens.Staats@bmvi.bund.de
Ammermann, Kathrin	Bundesamt für Naturschutz	Kathrin.Ammermann@bfn.de
Vollmer, Carla	Umweltbundesamt	carla.vollmer@uba.de
Wegner, Nils	Stiftung Umweltenergierecht	wegner@stiftung-umweltenergierecht.de
Ritter, Jochen	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Jochen.Ritter@bmub.bund.de
Pape, Carsten	Fraunhofer IWES	carsten.pape@iwes.fraunhofer.de
Bons, Marion	Ecofys	M.Bons@ecofys.com
Rehfeldt, Knuth	Deutsche WindGuard	k.rehfeldt@windguard.de
Stötzer, Martin	Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, Sachsen-Anhalt	martin.stoetzer@mule.sachsen-anhalt.de
Schröder, Alexander	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern	Alexander.Schroeder@em.mv-regierung.de